

Der Bologna-Prozess in NRW (Maßnahmen in NRW von Beginn bis Juli 2011)

seit 1999

Umstellung der traditionellen Diplom- und Magisterstudiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge

Frühjahr/Sommer 2009

„Bildungsstreik“: Studierende fordern Bologna-Nachbesserungen. Kritisiert wurden vor allem die fehlende „Studierbarkeit“ der Studiengänge (insbesondere die stoffliche Überfrachtung), die Verschulung des Studiums (insbesondere Anwesenheitspflichten bei Vorlesungen), der zu geringe Praxisbezug der Studiengänge, zu wenig unterschiedliche Prüfungsformen. Daneben wurde moniert, dass die neuen Studiengänge nicht zu einer Erhöhung der nationalen und internationalen Mobilität geführt haben, es vielmehr zu Mobilitätshemmnissen gekommen sei.

November 2009

Memorandum der Rektorinnen und Rektoren der NRW-Universitäten zur weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses (http://www.wissenschaft.nrw.de/objekt-pool/download_dateien/hochschulen_und_forschung/Memorandum_der_NRW-Universitaeten_1_.pdf): Rektorinnen und Rektoren verpflichten sich, an ihren Universitäten eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Wo gibt es ggf. Probleme? Wie soll dann weiter vorgegangen werden?

April 2010

Erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme an den NRW-Universitäten werden von Innovationsminister Pinkwart der Öffentlichkeit vorgestellt.

Juli 2010

Koalitionsvertrag zwischen der NRWSPD und Bündnis 90 /Die Grünen NRW: „Wir werden die Hochschulen insbesondere bei der weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses enger als bisher begleiten und unterstützen, damit die Reformen überall in NRW an den Anforderungen des Studiums und der Studierenden orientiert werden. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir zu Vereinbarungen über eine Reduzierung der Stofffülle, der Prüfungsdichte, der Anwesenheitspflichten und der Arbeitsbelastungen kommen. Durch neue Zeitfenster und mehr Flexibilität bei der Dauer von Bachelorstudiengängen wollen wir Studierenden ermöglichen, Auslandssemester, Praktika und gesellschaftliches Engagement in ihr Studium zu integrieren.“

Dezember 2010 bis Februar 2011

Fragebogenaktion (sog. „Bologna-Check“): MIWF verschickt an die Leitungen aller 37 staatlichen Universitäten und Fachhochschulen des Landes einen Fragebogen (Anlage 1)

Juni 2011

Dialoggespräch mit Studierenden (eingeladen waren das Landesastentreffen NRW, die Asten aller NRW-Hochschulen sowie der fzs). Themen waren die „Studierbarkeit“ des Studiums (Aufhebung Präsenzpflichten, Prüfungsbelastung insgesamt), die Anrechnung von Leistungen und der Dialog innerhalb der Hochschule (Stichwort: Beschwerdemanagement)

11. Juli 2011

Bologna-Statuskonferenz in Düsseldorf

Ministerin Schulze diskutierte mit 100 geladenen Gästen, darunter die Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenzen der Universitäten und Fachhochschulen, Hochschulleitungen, Studierende sowie Vertreter aus Hochschulforschung, Wirtschaft und Politik, über die Fortschritte der NRW-Hochschulen auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Hochschulraum. Best Practice Beispiele aus den Bereichen Qualitätssicherung und Studiengangsmanagement vervollständigten das Konferenzprogramm, durch das der Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern, Dr. Hans-Gerhard Husung, als Moderator führte.

Abgesehen von einigen kritischen Stimmen aus den Reihen der Studierenden bestand Einigkeit darin, dass die nordrhein-westfälischen Hochschulen die Umstellung auf die Bachelor-/Master-Struktur im Großen und Ganzen gut gemeistert haben. Deutlich wurde aber zugleich, dass auch im zwölften Jahr des ursprünglich nur auf zehn Jahre angelegten Bologna-Prozess von dessen Abschluss keine Rede sein kann. Vielmehr geht es um eine Weiterentwicklung, bei der das Land die Hochschulen nach Kräften unterstützen wird. Wissenschaftsministerin Schulze schlug vor, auf ein gemeinsames Memorandum zur Verbesserung der Studienbedingungen in NRW hinzuarbeiten. Die Ergebnisse einer für den Herbst geplanten Online-Studierendenbefragung sollen dabei berücksichtigt werden.

Geplant sind

- eine Online-Studierendenbefragung und

zur Vorbereitung eines gemeinsamen Memorandums von Land und allen Hochschulen.